

21/J

Anfrage

der Abg. Böhm, Horn, Eibegger, Dr. Korf, Voithofer,
Petschnik, Zechtl und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Sofortmaßnahmen zur entschiedenen Bekämpfung des Preiswuchers.

-.-

In der Regierungserklärung hat der Herr Bundeskanzler namens der neu gebildeten Bundesregierung die Zusicherung gegeben, daß die Regierung geeignete Maßnahmen ergreifen werde, um dem schamlosen Treiben einer gesinnungs- und gewissenlosen Ausbeuterschichte in der Volkswirtschaft ein Ende zu bereiten. Die Bekämpfung des Kartellwesens und des Preiswuchers sowie die Ausschaltung des funktionslosen Zwischenhandels wurde angekündigt.

Seit der Regierungserklärung ist nunmehr ein Monat verstrichen, ohne daß, abgesehen von Polizeimaßnahmen im Rahmen bereits bestehender Gesetze, gegen die Preistreiber, Kartellisten und Kettenhändler ernsthaft etwas unternommen worden wäre.

Die gefertigten Abgeordneten fühlen sich aus ihrer Verantwortung als Angehörige einer Regierungspartei verpflichtet, den Herrn Bundeskanzler und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung auf die ernste Situation mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen.

Es möge sich niemand der Täuschung hingeben, daß mit Überbrückungshilfen oder sogar Lohnerhöhungen, die dann keine wirkliche Verbesserung der Lebenshaltung darstellen, die gerechtfertigte Empörung der ehrlich arbeitenden Menschen besänftigt werden kann.

Was diese wahren Träger des Staates und der staatlichen Ordnung verlangen, ist rasches, rücksichtsloses und durch keinerlei Protektion oder Intervention gehemmtes Zupacken gegenüber den Preistreibern.

Die arbeitenden Menschen in Stadt und Land haben seit der Befreiung Not und Entbehrungen auf sich genommen, weil sie dies als unbedingte Voraussetzung für den Wiederaufbau des Landes angesehen haben. Sie sind nicht gesonnen, diese Mühsal zu ertragen, damit sich ein paar tausend Spekulanten mühelos die Taschen füllen können. Es muß von der Regierung eines demokratischen Staatswesens verlangt werden, daß sie gegen gemeingefährliche Subjekte mit Energie und unverzüglich einschreitet. Es darf auch nicht davor zurückgeschreckt werden, durch Sperre der Geschäfte der Preistreiber die Fortsetzung der wucherischen Ausbeutung zu

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

7. Dezember 1949.

verhindern. Einem betrunkenen Kraftwagenlenker entzieht man den Führerschein, weil er die Sicherheit des Verkehrs und der Personen gefährdet. Den aus blinder Profitsucht handelnden Angehörigen der Wirtschaft müssen die Gewerbeberechtigungen entzogen werden, denn sie gefährden die Sicherheit des Staates und seiner demokratischen Verfassung.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

In der Herr Bundeskanzler namens der Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die in der Regierungserklärung zugesagten Gesetzesvorlagen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung ehestens dem Hohen Haus zur Beratung und Beschlußfassung zugehen?

-o--o--o--